Nr. 202 • Ausgabe B Nr. 92
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 202

Abend-Ausgabe

Freitag, 30. April 1920
49. Jahrgang

# Berliner Tageblatt
## und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Lloyd George über die Ergebnisse von San Remo.

## Die Entschädigungs- und Entwaffnungsfrage.

**Der Kommunistenputsch im Ruhrgebiet und das Vorgehen der Franzosen. — Die Zusammenkunft in Spaa.**

**Amsterdam,** 29. April. (W. T. B.)

Laut „Telegraaf" hat Lloyd George gestern im Unterhause die mit Spannung erwartete Erklärung über die Verhandlungen von San Remo abgegeben. Er sagte u. a. folgendes:

„Bevor die alliierte Konferenz in San Remo zusammentrat, waren einzelne Mißverständnisse entstanden, die an sich ernst genug waren, aber durch mutwilliges Hetzen sehr skrupelloser Personen doch noch viel ernster gemacht wurden. Es freut mich aber, erklären zu können, daß die Luft wieder rein ist, und soweit ich sehen kann, ist jeder von den Ergebnissen von San Remo befriedigt. Den Deutschen ist mitgeteilt worden, daß von dem Augenblick an, wo die Truppenzahl im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten vom 2. August 1919 zugestandene Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt verlassen werden. Die Konferenz hat jeden Verdacht beseitigt, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden könnte. **Wir haben zum ersten Male beschlossen, deutsche Minister zu einer Zusammenkunft mit alliierten Ministern einzuladen,** um verschiedene Fragen zu besprechen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über die Entwaffnung, aber bei der Forderung auf Entwaffnung stößt man auf die große Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland die genügende Macht besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Was die Entschädigungsfrage anlangt, so wünschten wir zu erfahren, welche Vorschläge Deutschland zu machen hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. **Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinen heutigen Zuständen nicht bezahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und darüber nachdenke, wie es sie erfüllen kann. Lassen wir also einen deutschen Minister nach Spaa kommen mit dem einen oder anderen Vorschlag über die Summe, die Deutschland bezahlen kann, und über die Art der Bezahlung, oder lassen wir ihn einen anderen Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen.**

Lloyd George fuhr fort: „Die Konferenz hat die vollste Harmonie in allen Fragen bewirkt, und sie wird durch eine vollständige Einigkeit und dieselbe Kameradschaftlichkeit gekennzeichnet, die bei der siegreichen Beendigung des Krieges zwischen den Alliierten bestand. Der Lärm, der den Beginn der Konferenz begleitete, war nichts anderes als das Gejammer enttäuschten Ehrgeizes. Die persönliche Verunglimpfung, für die in der inneren Politik Gelegenheit genug ist, die aber dabei, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, wenig Schaden anrichten kann, war in diesem Falle darauf berechnet, zwischen uns und unseren Alliierten böses Blut zu machen, und ist dadurch zu einem Verbrechen geworden." Nach diesem Ausfall gegen seine Kritiker schloß Lloyd George: „Die klaffenden Wunden Europas können nur allmählich geheilt werden, und San Remo bedeutet ein Stadium des Heilungsprozesses."

Laut „Telegraaf" sagte Lloyd George über die Ruhrfrage noch folgendes: „In einem Teile Deutschlands waren Ruhestörungen ausgebrochen, die nicht allein für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt eine Bedrohung darstellten. Die Kommunisten waren Herren in dem großen Industriegebiet an der Ruhr geworden. Hätten sie dort ihre Macht befestigt, dann würde diese Gefahr vielleicht auch anderswohin übergegriffen haben. Die Frage war deshalb, wer sie unterdrücken solle. Die Franzosen waren der Meinung, daß dies durch alliierte Truppen geschehen müsse. **Alle anderen Alliierten hielten dafür, daß es den Deutschen überlassen bleiben müsse, die Ordnung in ihrem eigenen Lande herzustellen."** (Zwischenruf von Wedgwood, Arbeiterpartei: „Den deutschen Junkern!")

Lloyd George erwiderte: „Der ehrenwerte Abgeordnete erkennt eine undemokratische Regierung in Rußland an, **aber er will eine demokratische Regierung in Deutschland nicht anerkennen."** Lloyd George fuhr dann fort: „Eine derartige Frage ist 1871 in Frankreich entstanden, als die Kommunarden Paris und französische Städte in Händen hatten. Die Deutschen machten damals den Vorschlag, daß sie die Kommune unterdrücken werden. Aber Thiers, ein sehr verständiger Franzose, war der Meinung, daß die Kommune in Frankreich bei einer Unterdrückung durch die Deutschen nur populärer werden würde. Deshalb bestand er darauf, daß die Franzosen allein die Ordnung im Lande wiederherstellen sollten. Wir waren der Ansicht, daß dieses Verfahren auch in Deutschland befolgt werden müsse. Wir hatten vorgeschlagen, Sicherheiten zu verlangen, und wollten die Bedingung aufstellen, daß, wenn ein bestimmter Zeitraum der Besetzung überschritten würde, zur Sicherheit einige deutsche Städte besetzt werden sollten, und daß alliierte Verbindungsoffiziere die Truppenzahl im Ruhrgebiet überwachen sollten." Lloyd George fügte hinzu, **einflußreiche französische Blätter und Publizisten hätten den Argwohn erweckt, daß annexionistische Absichten vorhanden** seien. Alle diese Mißverständnisse seien nun in San Remo beseitigt worden.

*

Die Rede Lloyd Georges kann als eine günstige Einleitung zu der Konferenz in Spaa erscheinen. Fast alles, was der englische Premierminister gestern im Unterhause gesagt hat, zeugt davon, daß allmählich das Verständnis für die Wirklichkeit zurückkehrt. In der Entwaffnungsfrage wird Deutschland seine absolute Loyalität beweisen müssen. Wenn Lloyd George bemerkt, daß vielleicht niemand in Deutschland die genügende Macht habe, um die Entwaffnung durchzuführen, so ist das zum Teil leider vorläufig noch richtig, aber die Mittel, der Regierung die notwendige Macht zu sichern, werden hoffentlich bald gefunden werden. Die Unbotmäßigkeit und der selbstsüchtige Auflehnungsgeist jener reaktionären Offiziere, die sich allen Befehlen zur Entwaffnung widersetzen, sind auch darum so gewissenlos und verbrecherisch, weil sie in der ganzen Welt den Eindruck erwecken, als bestehe in Deutschland überhaupt keine Autorität, auf die man rechnen und der man vertrauen könne. Die Reichsregierung hat, schon des deutschen Ansehens vor der Welt wegen, die dringende Pflicht, zu beweisen, daß eine solche Autorität existiert und daß sie sich durchzusetzen weiß. Lloyd George erkennt an, daß Deutschland „bei seinen heutigen Zuständen nicht bezahlen kann", aber er wünscht, daß die Vertreter Deutschlands in Spaa nicht nur Vorschläge über die Höhe der zu zahlenden Summe, sondern auch Vorschläge „über die Art der Bezahlung" machen, und er gibt zu verstehen, daß auch „ein anderer Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen" denkbar sei. Das ist ein Hinweis auf neue Wege, und es wird nun die Aufgabe der deutschen Finanzsachverständigen sein, Ideen, deren Verwirklichung möglich erscheint, zu erwägen, und Vorschläge, die Aussicht auf Annahme haben, nach Spaa mitzubringen. Ein schwerer Fehler wäre es, wenn man durch Kleinlichkeit oder durch allzuviel Geschäftsroutine den Anschein erwecken würde, als lasse man es am guten Willen fehlen. Man darf nicht einen Augenblick lang vergessen, daß diese Frage nicht nur eine Frage von Ziffern, sondern auch eine hervorragend politische ist, und daß es in Spaa nicht allein gilt, diesen oder jenen einzelnen Beschluß zu fassen, sondern das Gesamtbild der politischen Entwicklung neu zu schaffen, oder doch wenigstens neuen Möglichkeiten die Tür zu öffnen. Wie schon in früheren Aeußerungen, hat Lloyd George, entgegen dem französischen Standpunkt, abermals betont, daß Deutschland berechtigt gewesen sei, die Ruhe im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Er hat auch betont, daß alle Alliierten mit Ausnahme Frankreichs dieser Ansicht gewesen seien. Ein Arbeiterparteiler hat, wie aus dem Bericht hervorgeht, einen mißbilligenden Zuruf dazwischengeworfen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die englische Arbeiterpartei, ihre Presse und auch die meisten liberalen Zeitungen Englands über die Vorgänge in Deutschland sehr schlecht, sehr einseitig, und nur von linksradikaler Seite informiert sind, und man kann dem Herrn Wedgwood, dem Zwischenrufer, ebenso wie dieser englischen Presse nur empfehlen, die gestrige Rede des sozialistischen Ministers Severing zu lesen, in der mit Objektivität und Kenntnis der Tatsachen, die Vorgänge im Ruhrgebiet dargestellt wurden.

Während Lloyd George im Unterhause sprach, teilte Millerand im französischen Senat mit, daß die deutsche Regierung ihm einen Meinungsaustausch über alle Fragen, die den deutsch-französischen Handelsverkehr betreffen, vorgeschlagen, und daß er diesen Vorschlag angenommen habe. Der Senat hat beifällig zugestimmt. Wir begrüßen den Schritt der deutschen Regierung und die Bereitwilligkeit des Herrn Millerand, ohne zu verkennen, daß eine wirkliche wirtschaftliche Verständigung nicht möglich ist, wenn unüberbrückbare politische Hindernisse zwischen zwei Völkern aufgetürmt werden. Ueberschätzen darf auch nicht werden — und kein klar rechnender Politiker wird es übersehen —, daß einer deutsch-französischen Aussprache durch die Ereignisse, die sich vor und in San Remo vollzogen haben, der Boden bereitet worden ist, und daß eine solche Aussprache um so furchtbarer werden kann, jemehr man in Paris sieht, daß Deutschland nicht von Frankreich allein abhängt, nicht auf Frankreich allein angewiesen bleibt.

## Deutschland ein Heer von 160 000 Mann zugestanden?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Haag,** 30. April.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in San Remo meldet:

**„Die Alliierten haben sich entschlossen, Deutschland ein Heer von 160 000 Mann zu belassen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt. Der Beschluß hängt aber von der Räumung des Ruhrgebiets durch die Reichswehrtruppen ab.**

**Paris,** 29. April. (W. T. B.)

In der heutigen Sitzung des Senats teilte Ministerpräsident Millerand mit: „Seit der gestrigen Sitzung der Kammer hat sich etwas Neues ereignet. Heute vormittag hat mich am Quai d'Orsay der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz Ministerialdirektor Goeppert aufgesucht, um zu erklären, daß die deutsche Regierung der französischen Regierung einen Meinungsaustausch unter einigen deutschen und französischen Delegierten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Lebens sein sollen, vorschlägt, die alle Fragen besprechen sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen. Ich habe den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen und erklärt, daß der Handelsminister in kürzester Frist einen französischen Delegierten für die vorgeschlagene Konferenz ernennen werde. Ich habe hinzugefügt, daß es nicht von uns abhängen werde, ob diese Konferenz raschestens zu guten Ergebnissen führen werde." (Sehr lebhafter Beifall.)

# Die Rebellion im rheinischen Zentrum.

Von unserem Korrespondenten
**Dr. Kurt v. Stutterheim.**

△ **Köln,** 23. April.

Zentrum und Sozialdemokratie haben das gemeinsame Schicksal, daß ihrer zunehmenden Anteilnahme an den Regierungsgeschäften Spaltungserscheinungen innerhalb der Partei parallel laufen. Hat das Zentrum bisher auch nur den Verlust einer einzigen, auf Bayern beschränkten Parteigruppe zu beklagen, so zeigen die Ereignisse der jüngsten Zeit, daß mit der Gefahr weiterer Absplitterungen ernsthaft zu rechnen ist. Das Problem, an dem die Geister sich scheiden, bildet die Koalitionspolitik, die bei einem Zusammengehen dreier so verschiedenartiger Parteien wie Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie jede Partei und demgemäß auch das Zentrum zu Konzessionen und zur Abschwächung der ursprünglichen Strenge ihrer Programme nötigen. Unter diesem Gesichtspunkt war eine Linksorientierung des Zentrums unumgänglich, eine Entwicklung, der wohl der katholische Arbeiterblock ohne Hemmungen folgen konnte, der aber Adel und Geistlichkeit und weite Kreise des Bürgertums nur mit Rücksicht auf das allgemeine vaterländische Interesse ihre einstweilige Zustimmung erteilten. Von großer Bedeutung war der Zusammenschluß der von der Sozialdemokratie in seiner Existenz bedrohten Mittelkasse zu christlichen Mittelstandsvereinigungen, die in ihrer Zusammensetzung aus Akademikern, Beamten selbständigen Handwerkern und anderen nichtkapitalistischen und nichtproletarischen Berufsklassen namentlich in der Rheinprovinz politischen Einfluß zu gewinnen wußten. Die Gegensätze zwischen den rechtsstehenden und den die Koalitionspolitik vertretenden Kreisen des Zentrums gewannen an Schärfe, je mehr infolge des Staatsstreichs vom 13. März der Regierungskurs nach links lenkte. Dieses Mal war es das rheinische Zentrum, in dem sich die Widerstände gegen die offizielle Zentrumspolitik bis zu dem Plan der Gründung einer katholischen deutschnationalen Partei verdichtete. Zum mindesten wollte man das Zentrum aus der Gemeinschaft mit Sozialdemokratie und Demokratie lösen und den Anschluß an die Rechtsparteien vollziehen. Angesichts der Neuwahlen konnte der Zentrumspartei kein größeres Mißgeschick begegnen, als eine derartige Erschütterung ihrer inneren Geschlossenheit. Diese Erkenntnis scheint zu einer Abkühlung des Trennungseifers beigetragen zu haben. Anstatt der Gründung einer neuen Partei entschied man sich für eine in und an der alten Partei zu leistende Reformarbeit. In diesem Sinne erließ man einen „Aufruf an unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land", dem sich „Richtlinien einer christlichen Politik" angliederten. Die Abrechnung, die hierbei mit der bisherigen Zentrumspolitik gehalten wird, ist von einer unter Parteigenossen fast beispiellosen Schärfe. Die Verdienste, die sich das Zentrum gerade vom katholischen Standpunkt um Schule und Kirche im neuen Staat erworben hat, werden mit keinem Wort gewürdigt. Unter Verschweigung aller Aktivposten wird die Zentrumspolitik der Wegbereitung für die sozialistische Republik, die Entchristlichung der Massen und den kommenden Zusammenbruch bezichtigt. Trotzdem hält man an der Zentrumspartei als solcher fest und faßt auf die Frage: was wollen und erstreben wir? das neue Programm in folgender Antwort zusammen:

„Keine Sprengung, keine Auflösung, kein Verschwinden des Zentrums, keine neue Partei — Reform und Aufbau von innen heraus! Entschlossene Rückkehr zum alten Zentrum der Mallinckrodt und Windthorst und entschiedene christliche Prinzipien als Leitsterne für unsere gesamte politische Arbeit."

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen sich die christlichen Gesinnungsgenossen zu einer „Christlichen Volkspartei" zusammenschließen. Man ruft also in einem Atem zur Gründung einer Partei auf und spricht dieser zur Vervollständigung der Begriffsverwirrung den Parteicharakter ab. Die „Richtlinien" enthalten außer einer Reihe kultureller und sittlicher Forderungen (wirtschaftlicher Neuaufbau auf dem Prinzip der christlichen Nächstenliebe, Festhalten am Wesen der christlichen Ehe) auch das alte Zentrumspostulat nach der Neugliederung Deutschlands auf föderalistischer Grundlage.

Abgesehen von seiner, die Einheit des Zentrums gefährdenden Tendenz gewinnt der Aufruf durch die Tatsachen an Bedeutung, daß die unter dem Aufruf stehende Mitunterzeichnung des Pfarres Kastert auf Sympathien zwischen der „Christlichen Volkspartei" und der von Kastert geführten „Rheinischen Volksvereinigung" schließen läßt. Das Zentrum hat, wie die übrigen politischen Parteien des Rheinlandes, den Teilnehmern an der „Rheinischen Volksvereinigung" die Mitgliedschaft der Partei entzogen und das verfassungswidrige Vorgehen dieser sonderbündlerischen Gruppe erst kürzlich auf der Tagung des Reichsausschusses der Partei zum Ausdruck gebracht. Die gemeinsame Gegensätzlichkeit der sogenannten „Christlichen Volkspartei" und der „Rheinischen Volkspartei" zum Zentrum legt den Gedanken eines künftigen Zusammengehens eventuell sogar eines Zusammenschlusses der beiden Cliquen nahe. Je stärker sich aber die mit der Zentrumspolitik unzufriedenen rheinländischen Elemente fühlen, um so näher rückt die Möglichkeit einer wirklichen Parteigründung. Daß diese Partei einen starken sonderbündlerischen Einschlag aufweisen wird, dürfte bei dem mit Gewißheit zu erwartenden Beitritt der vom Zentrum ausgeschlossenen Mitglieder der „Rheinischen Volksvereinigung" nicht anzuzweifeln sein. In deutschem Interesse ist es daher zu wünschen, daß dem Zentrum die Wiederauffaugung der sezessionistischen rheinländischen Gruppen in Bälde gelingen möge.